

048. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 25.01.2012

**REDE von MdL Kathrin Kagelmann zum Antrag der Fraktion GRÜNE in Drs 5/7826
„Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) nach 2013 nachhaltig gestalten“**

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident, Meine Damen und Herren,

das hätte ich mir nicht träumen lassen, als ich den Sprecherbereich Agrarpolitik von meiner geschätzten Kollegin Elke Altmann 2009 übernommen hatte, das dieser – nur gemessen an der Anzahl der Debatten im Plenum – einen solchen Bedeutungsgewinn erfährt. Es möge nützen!

Diesmal stellen die Grünen ihr Konzept der künftigen europäischen Agrarpolitik vor.

Klar, es geht um viel – zuerst um viel Geld, was in der neuen EU-Förderperiode verteilt werden will und da braucht es schon einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung darüber, wer wie viel warum erhalten soll und vor allem welche agrarpolitischen Weichen mit dem Geld gestellt werden sollen. Keine Frage.

Aber mir fällt es schon schwer, an dieser Stelle andere, neue Aspekte in die Diskussion einzuführen, die ich nicht schon mit dem Antrag der LINKEN zur Gestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik von Ende 2010 ausführlich vorgetragen und wie ich sie später in Debatten zu einem Koalitionsantrag oder zur Fachregierungserklärung von SM Kupfer wiederholt habe.

Wir stimmen in vielen Punkten mit dem Antragsteller überein und ich verweise auf unser lange bekanntes Konzept: Ja, wir stehen zum Greening – aus der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für Klima, Umwelt und Biodiversität.

Aber die LINKE lehnt entschieden Kappung und Degression von Direktzahlungen ab.

Sie finden in unserem GAP-Papier aus dem Jahr 2010 beide Begriffe überhaupt nicht, weil unser Papier von einer anderen inneren Logik ausgeht – und zwar von dem zu Beginn der Reformdebatte queerbeet postulierten Anspruch, wonach es „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistung“ geben darf.

Und diese Leistungen definieren die Antragsteller unter Punkt 1, da geht es um gesunde Lebensmittel, regenerative Energien, Umwelt-, Natur und Tierschutz und die Entwicklung ländlicher Räume. Die Qualität dieser für die Gesellschaft erbrachten Leistungen muss also Maßstab für eine betriebliche Förderung nach Säule 1 sein und diese Qualität wird im Wesentlichen von der Art und Weise der Bewirtschaftung und der Struktur der Fläche bestimmt und nicht von der Größe des Betriebes.

An dieser Stelle wird dann der LINKEN ja immer vorgeworfen, dass sie sich aufgrund ihrer ideologischen Rückwärtsgewandtheit nicht lösen kann von alten LPG-Strukturen und verkrampft Klientelpflege im Osten betreiben will. Zuerst: Klientelpflege ist ja per se nicht verkehrt und wird von allen Parteien betrieben. Dann gibt es natürlich inzwischen neben

Genossenschaften auch viele andere Rechts- und Unternehmensformen auf dem Land. Aber wenn dies das vornehmste Ziel der LINKEN gewesen wäre, so hätten wir in unserem Papier sicher nicht den Erhalt von Direktzahlungen zwingend an weitreichende ökologische Kriterien gebunden. Nein, die LINKE ist selbstbewusst genug, den gesellschaftlichen Diskurs durch eigene, auch unbequeme inhaltliche Vorschläge anzuheizen.

Aber man kann natürlich auch nicht negieren, dass die Strukturen der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland selbst und erst recht in der EU unterschiedlich waren und sind. Und man kann nicht ignorieren, dass die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Ostdeutschland bereits vor dem 2. Weltkrieg anders aussah als in Westdeutschland – u.a. auch aufgrund regional schwieriger Standortbedingungen.

Flächengröße oder Organisationsformen können deshalb für uns kein Förderkriterium sein. Dafür wollen wir zusätzlich soziale Standards bei den Direktzahlungen verbindlich einbeziehen und zwar in Höhe eines konkret festgelegten prozentualen Anteils und nicht als fakultative Kompensationsregelung, weil die Schaffung von gut bezahlten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen auf dem Land für uns eine wichtige Gemeinwohlleistung darstellt.

Zumindest in diesem letzten Punkt signalisieren Sie ja im Punkt 4 Kompromissbereitschaft mit der Gegenrechnung von Lohnkosten bei der Degression und Kappung. Aber das gibt erstens nur den aktuellen Stand der Ciolos-Vorschläge wider und ändert zweitens nichts – und hier wiederhole ich mich – am generellen Fehlkonstrukt von Degression und Kappung.

Im Übrigen: Es kann wohl sein, dass die Kappung der Direktzahlungen für landwirtschaftliche Unternehmen „Anreize schafft, nach neuen Produktionswegen zu suchen“ – wie es in der Begründung des Antrages heißt.

Aber möglich ist ebenso, dass die Betriebe durch Teilausgründungen und formale Betriebsteilungen die von Ihnen vorgeschlagenen Regelungen umgehen. Oder der Betrieb behält seine Größe bei und verzichtet auf Direktzahlungen – dann wird der Ritt entlang ökologischer Mindestanforderungen verstärkt.

Eine Verbesserung der Situation auf dem Land wird also durch diese Instrumente nicht zwingend eintreten. Das aber wäre Voraussetzung, um perspektivisch unabhängig von Flächenbeihilfen werden zu können.

Summa summarum:

Die LINKE hat ihr Konzept zur Ausrichtung der GAP bereits vorgelegt. Daran halten wir fest. Wir werden uns deshalb beim Antrag der Grünen enthalten.